



Globalisierung, Krieg und Frieden

Attac ruft dazu auf, die Protestaktionen gegen das Gipfeltreffen der G20 in Hamburg mit allen Kräften zu unterstützen. Die G20-Gruppe ist ein informeller Club der bedeutendsten Industrie- und Schwellenländern. Ihrer zynischen Politik, die zu steigender sozialer Ungleichheit, Krieg, Flucht und Naturzerstörung führt, stellen wir unser Engagement für eine friedliche Welt entgegen.

Profitstreben und strategische Machtinteressen führen weltweit zu Kriegen. Nach 1945 gab es in 125 Kriegen mindestens 25 Millionen Todesopfer. G20-Staaten waren an dieser Bilanz maßgeblich beteiligt. Die G20 verfügt über keine Erfolg versprechenden Ideen der Deeskalation und Friedensstiftung.

G20 und Krieg

Im 2016er Gipfel-Kommuniqué der G20 kommt das Thema »Krieg« nicht vor – trotz der Verantwortung und Beteiligung dieser Staaten an Kriegen wie in Afghanistan, Irak, Jemen, Mali, Syrien und der Ukraine. Vielmehr wird der Terrorismus als »ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens«

bezeichnet. Zu dessen Bekämpfung ist fast jedes Mittel recht.

Mit Terror meint die G20 jedoch ausschließlich nicht-staatlichen Terror. Terror durch Kriege, Geheimdienste, polizeiliche Gewalt, Konzerne und ökonomische Knebelverträge wird nicht erwähnt. Aber genau dadurch wird der Weltfrieden vorwiegend gestört – insbesondere durch den so genannten »Krieg gegen den Terror«. Dieser macht Terrororganisationen sogar stärker. G20-Staaten benutzen die Angst vor Terrororganisationen für die Rechtfertigung von Kriegen und von Überwachung der Bevölkerung und Einschränkung von Grundrechten.

G20, Gewaltverbot, Medien und Überwachung

Die Staatengemeinschaft ist dem umfassenden Gewaltverbot durch Artikel 2 Ziffer 4 der UN-Charta verpflichtet. Ausnahmen sind UN-mandatierte Militäreinsätze bei einer Bedrohung des Weltfriedens sowie das Recht auf Selbstverteidigung.

Jedoch werden in politischen Statements, medialen Berichterstattungen und PR-Kampagnen mit irreführen-

den Darstellungen, Täuschungen und Lügen Feindbilder und ein Gefühl der Bedrohung erzeugt. Beides wird dazu benutzt – vornehmlich von einigen G20-Staaten –, das Gewaltverbot der UN-Charta zu untergraben. So wurden militärische Interventionen unter Umgehung der UNO durchgeführt – also völkerrechtswidrig. Beispiele sind der Jugoslawienkrieg 1999 und der Irakkrieg 2003.

G20 und die Bedrohung durch Militarisierung und Rüstungsexport

Die jährlichen Militärausgaben betragen rund 1,7 Billionen US-Dollar, davon gehen 80 Prozent alleine auf das Konto der G20-Staaten. Friedensfördernde Kriseneinsätze werden heute im Regelfall unter Einbeziehung des Militärs durchgeführt, während zivile Konfliktbearbeitung dabei – auch vom finanziellen Volumen her – nur einen geringen Stellenwert hat.

Im Kommuniqué ist davon die Rede, jegliche Unterstützung des Terrors unterbinden zu wollen. Jedoch sind einige der G20-Staaten, u. a. Saudi-Arabien und die Türkei, hier gerade Hauptverursacher: Sie zählen zu den



Auf nach Hamburg zu den G20-Protesten vom 5. bis 8. Juli

wichtigsten Unterstützern für Terrorgruppen in Syrien und im Nahen Osten – u. a. als Waffenlieferanten und Finanziers. Ihre Hauptlieferanten wiederum sind USA und EU-Staaten. Auch mit Rüstungsexporten schüren G20-Staaten Terror und große Konzerne fahren dabei Milliarden-gewinne ein.

Die Beseitigung von extremer Armut und Hunger könnte mit weniger als 10 Prozent der weltweiten Militärausgaben erreicht werden. Trotzdem treibt die EU ihre Militarisierung voran. Sie ist wesentlicher Teil der EU-Agenda seit 1999 und wurde schon frühzeitig insbesondere von der Bertelsmann-Stiftung auf die Tagesordnung gesetzt. Heute sprechen führende EU-Politiker von der »Supermacht Europa«. Sie sei erforderlich, um »unsere Interessen und die europäische Art zu leben zu verteidigen« (EU-Kommissionspräsident Juncker).

Kriegsgefahren

Zurzeit findet eine dauerhafte Verlegung von US- und anderen NATO-Truppen und Kriegsgerät an die Westgrenze Russlands statt. Russland antwortet darauf mit einer Stärkung

seiner militärischer Präsenz in der Region. Dies verschärft die direkte Konfrontation der beiden größten Atom-mächte. Und die militärischen Beziehungen zwischen USA und China drohen sich aufgrund des Konfliktes um Einfluss-Sphären und Militärbasen in Südostasien immer weiter zuzuspitzen. China, Nordkorea, Südkorea und Japan, die eine spannungsgeladene Geschichte teilen, rüsten weiter auf.

Wir stehen für Friedenspolitik und internationale Solidarität

Wir sagen Nein zu Krieg, Militarisierung, Militärinterventionen, Atomwaffen, Kampfdrohnen, Rüstungsexport, Armut und Sozialabbau. Positiv ist, dass erstmals eine Zweidrittelmehrheit in der UN-Vollversammlung beschlossen hat, offiziell über ein Atomwaffenverbot zu verhandeln.

Wir fordern

- Einhaltung der Menschenrechte, des Völkerrechts und die Stärkung der Verhandlungswege der UNO
- Verhandeln mit allen Konfliktparteien statt Schießen
- Zivile Konfliktlösungen: Friedensbildung statt Feindbildverbreitung
- Ausbau von Systemen friedlicher Koexistenz – z. B. Ausbau der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
- Ein solidarisches und friedliches Europa!
- Terrorbekämpfung durch Beseitigung der Quellen des Terrors. Diese liegen besonders in Kriegen, Vertreibung und Ungleichheit.
- Kooperative Wirtschaftsverträge, die die Güter der Welt gerecht verteilen und so Entspannung und Frieden fördern.

Was können wir tun für eine andere, eine friedlichere Welt? Beteiligt euch an friedenspolitischen Aktionen! Informiert euch darüber bei der attac-AG Globalisierung und Krieg: www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/protest. Engagiert euch für friedliche zivile Konfliktbearbeitung. Weitere Informationen findet ihr bei der Kooperation für den Frieden: www.koop-frieden.de.